Die Not des Mittelstandes

Deutscher Reichstag

(Fortsetzung des Berichts aus der zweiten Abendausgabe.)

Auf eine Anfrage Körner (Deutschnatl.) wird erklärt, daß für die beschleunigte Veranlagung des landwirtschaftlichen Vermögens zum Reichsnotopfer die Einhaltung der Grundsätze des Reichsnotopfergesetzes (Zuziehung des von den landwirtschaftlichen Berufsvertretungen beigebrachten Materials) nicht möglich war. Bei der abschließenden Veranlagung wird das geschehen.

Auf der Tagesordnung steht dann ein Antrag aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten, der die Regierung ersucht, unverzüglich Schritte zu unternehmen, um für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen die Teuerungszuschläge mit Wirkung vom 1. Januar 1921 ab von 25 auf 35 Prozent zu erhöhen. Bei den Elternrenten soll in § 45 der Betrag von 1500 auf 3000 ℳ erhöht werden, ferner sollen die Stufen des einkommensteuerpflichtigen Einkommens (§ 63) je um 2000 ℳ erhöht werden. Die Vorlage wird nach kurzer Aussprache, an der sich die Abg. Albrecht (Unabh.), Meyer-Zwickau (Soz.), Thomas (Komm.), André (Ztr.), Bruhn (Deutschnatl.), Ziegler (Dem.), Schwarzer (B. Vp.), Adams (D. Vp.) beteiligen, angenommen. Weitergehende Anträge der Unabhängigen werden abgelehnt.

Die Mittelstandsinterpellation

Auf der Tagesordnung steht dann die Interpellation der Regierungsparteien, die auf die Notlage des Handwerks, des Kleinhandels und des sonstigen Kleingewerbes hinweist.

Abg. Lange-Hegermann (Ztr.) begründet die Interpellation und fordert Erhebungen über die bestehenden Verhältnisse. Die Pflichtzugehörigkeit zur Organisation des Handwerks müsse erwogen werden. Die Leistungsgemeinschaften des Handwerks sollte man nach Kräften fördern. Eine direkte Verbindung mit der Kohle-, Eisen-, Stahl- und Wollproduktion müsse hergestellt werden.

Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz:

Die Regierung betrachtet es als ihre vornehmste Pflicht, der Reichsverfassung entsprechend die Wünsche der Interpellation zu fördern. Der Mittelstand hat durch die Kriegsfolgen besonders gelitten, weil er nicht solche Kapitalreserven ansammeln konnte wie die Industrie und der Großhandel. Dazu kommt, daß es heute dem Mittelstand sehr schwer wird, die nötigen Betriebskapitalien herbeizuschaffen. Schon der kleine Schneider braucht 15 000 bis 20 000 ℳ für das allernötigste Stofflager. Die Einrichtung eines kleinen Fleischereibetriebes erfordert [illegible], wie mir die Handwerkskammer Berlin mitgeteilt hat. Auch die Vaiutaverhältnisse fallen schwer ins Gewicht. Für den Kleinhandel spielen die plötzlichen Preisrückgänge eine katastrophale Rolle. Die Betriebe haben sich auch ungeheuerlich vermehrt. Das Handwerk soll durch staatliche Aufträge unterstützt werden, auch bei Bauarbeiten. Die Kohlenfrage ist ein dunkles Kapitel. Man fordert jetzt nicht nur 2, sondern 2,2 Millionen Tonnen monatlich für die Entente. (Hört, hört!) In Frankreich herrscht Kohlenüberfluß, unsere Wirtschaft wird aber trotzdem den schwersten Forderungen ausgesetzt. Zwischen dem Reichskohlenrat und den Handwerkerverbänden soll eine bessere Verbindung hergestellt werden. Das Genossenschaftswesen hat einen wesentlichen Aufschwung genommen. Die gewerblichen Genossenschaften haben sich von 1913 bis 1918 fast verdoppelt. Das Handwerk hat also den Weg der Selbsthilfe bereits beschritten. Das Luxussteuergesetz soll angeblich die Qualitätsware erdrosseln. Ich bin bereits mit dem Reichsverband des deutschen Handwerks in Verbindung getreten und werde versuchen, wenn es notwendig ist, für Abhilfe zu sorgen. Ein Gesetz über die Organisation des Handwerks soll im März vorgelegt werden. Ein Handwerkerbeirat bei meinem Ministerium wird eingerichtet. Die Zahl der Lehrlinge hat wesentlich zugenommen. Das ist ein Zeichen für die Lebenskraft des Handwerks. Eine Kommission für die Beratung der Lehrlingsfrage ist zusammengetreten. Wir werden versuchen, dem Handwerk einen Boden zu verschaffen, auf dem es blühen und gedeihen kann. (Beifall.)

Die Besprechung der Interpellation wird beschlossen.

Abg. Hinrichsen (Soz.) bestreitet, daß die Sozialdemokraten Gegner des Handwerks seien. Das Großkapital nimmt den Handwerkern die Rohstoffe fort.

Abg. Wienbeck (Dtschnatl.): Gegen die Sozialisierung und Kommunalisierung haben die Handwerker gewaltige Demonstrationen veranstaltet. Das Handwerk ist ein sicherer Damm gegen den Bolschewismus, denn den Schuhmacher, Schneider und Bäcker möchte selbst der schlimmste Bolschewist nicht entbehren. Rohstoffe sind vorhanden, dem Handwerk fehlt aber das Geld und eine kaufkräftige Kundschaft.

(Die Sitzung dauert fort.)

Vereinbarung über den Schuljahrsbeginn

Berlin, 4. Februar. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Auf Wunsch der deutschen Landesschulverwaltungen haben im Reichsschulausschuß unter Leitung des Reichsministers des Innern Verhandlungen stattgefunden, um auf dem Wege der Vereinbarung die Schwierigkeiten zu beseitigen, die die heutige Verschiedenartigkeit des Schulbeginns für Eltern, Schüler und Schulverwaltungen mit sich bringt. Schließlich haben sich die Vertreter sämtlicher Landesschulverwaltungen für den Frühjahrsbeginn entschieden. Wenn Bayern nunmehr mit Rücksicht auf die dort bestehende Ueberlieferung beabsichtigen sollte, am Herbstbeginn festzuhalten, so stehen einem solchen Entschluß keine anderen Hindernisse entgegen, als daß Bayern damit freiwillig auf die Gleichmäßigkeit seines Schuljahrbeginns mit dem der anderen Länder verzichtet.

Vorschüsse an die Länder

Zur Förderung des Wohnungsbaues.

Berlin, 4. Februar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages wurde der Nachtragsetat des Verkehrsministeriums genehmigt.

Hierauf bewilligte er eine Milliarde Mark für unterstützende und produktive Erwerbslosenfürsorge. Angenommen wurde ferner ein allseitig unterstützter Antrag, zur Förderung des Wohnungsbaues an die Länder Vorschüsse in Höhe von 1½ Milliarde Mark zu geben. Durch das vom Reichstag verabschiedete Gesetz betreffend die vorläufige Förderung des Wohnungsbaues sind namentlich die Länder verpflichtet worden, zur Förderung des Wohnungsbaues in den Rechnungsjahren 1921 und 1922 zusammen mindestens einen Betrag von 30 Mark auf den Kopf der Bevölkerung aufzuwenden, und zur Deckung der aufzuwendenden Beträge eine Abgabe von den Nutzungsberechtigten solcher Gebäude zu erheben, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind oder an Stelle derartiger Abgaben die aufzuwendenden Beträge durch Zuschläge zu bestehenden oder neu einzuführenden Steuern vom Grundvermögen zu decken. Damit die Länder alsbald in die Lage versetzt werden, über die zur Förderung des Wohnungsbaues erforderlichen Mittel zu verfügen, soll das Reich den Ländern, die darauf angewiesen sind, Vorschüsse geben, die mit 5 Prozent zu verzinsen und im Rechnungsjahre 1921 zurückzuzahlen sind. Zu diesem Zwecke wurde der Betrag von 1½ Milliarde Mark vom Hauptausschuß bewilligt. Der gleiche Betrag wird dementsprechend im Haushalt für 1921 als Einnahme erscheinen.

Neben dem Nachtragsetat des Reichsarbeitsministeriums wurden vom Hauptausschuß auch die Ergänzungsetats des Reichswehrministeriums, des allgemeinen Pensionsfonds, des Reichsmilitärgerichts, des Reichsjustizministeriums, der Reichsschuld sowie der allgemeinen Finanzverwaltung ohne wesentliche Debatte angenommen.

Bei der Besprechung des Haushalts zur Ausführung des Friedensvertrages unterstrich Abg. Dr. Reichert (Dtnat.), daß allein die Kosten für die Rheinlandkommission 115 Millionen Mark betragen. Man könne sich hieraus ein Bild machen, wie viel die sonstigen zahlreichen Ententekommissionen an Kosten verursachen.

Staatssekretär Dr. Schröder vom Reichsfinanzministerium antwortete, die Kosten entstünden besonders dadurch, daß eine ganze Reihe von Delegationen über das ganze Rheinland verstreut sei. Von der Reichsregierung sei gegen die Einrichtung so zahlreicher Delegationen protestiert worden.

Reichstarif für den Bergbau

Berlin, 4. Februar. Wie die P. P. N. von unterrichteter Seite erfahren, wird sich die im März in Essen zusammentretende Generalversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes mit der Tariffrage im Bergbau befassen. Die Bergarbeiterorganisationen verschiedener Bergbaubezirke, so des mitteldeutschen Braunkohlenreviers, des Lugau-Oelsnitzer Bezirks und des südwestlichen Ruhrgebietes haben bereits die Tarifkündigung beschlossen. Von einer in Aussicht stehenden gemeinsamen Aktion aller Bergwerksorganisationen in sämtlichen Bergbaubezirken ist zwar noch nichts bekannt; aber es fällt auf, daß die gestellten Forderungen im wesentlichen übereinstimmen. Die Forderung nach einem Reichstarif für die Bergarbeiter, die jetzt in verschiedenen Gegenden aufgestellt wird, ist nicht neu. Sie dürfte jetzt eine sehr wesentliche Rolle spielen. Uebrigens wird auch die Verlängerung des Ueberschichtabkommens auf der Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes erörtert werden. Im Ruhrrevier ist die Bewegung gegen die Verlängerung des Ueberschichtenabkommens stetig im Steigen begriffen.

Streik bei der Mansfelder Gewerkschaft

Halle, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Sämtliche Belegschaften der Mansfelder Gewerkschaft haben die Arbeit niedergelegt. Die Verwaltung hatte ein Wachtsystem eingeführt, um, wie sie mitteilte, die verschiedentlich vorgekommenen Diebstähle und Spitzbübereien im Werk zu unterbinden. Mit der Behauptung, dieses Wachtsystem bestehe aus Detektiven und Spitzeln, welche politische Gesinnungsschnüffelei betreiben sollten, verlangten die Bergarbeiter die Abschaffung dieses Wachtsystems. In Eisleben fand eine von 10 000 Arbeitern besuchte Versammlung statt, in deren Verlauf die Arbeiter von der Direktion eine sofortige Antwort auf ihre Forderung verlangten. Die Antwort konnte nicht erfolgen, da der Generaldirektor der Gewerkschaft nach Westfalen und sein Vertreter nach Halle verreist waren. Die übrigen Direktoren erklärten, nicht kompetent zu sein, worauf die sämtlichen Bergarbeiter sofort die Arbeit niederlegten.

Internationale Pressekonferenz ohne die Zentralstaaten. Nach einer Meldung des „N. Rotterd. Cour." soll im Juni d. J. in Brüssel eine internationale Pressekonferenz stattfinden, zu der die Presse der Zentralstaaten keine Einladung erhalten soll.

Deutschnationale Sorgen

Berlin, 4. Februar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die Erörterung über die Verbreiterung der Reichsregierung wird immer noch, jetzt vor allem in den Blättern der Rechten, fortgeführt, aber sie hat fürs erste nur noch platonische Bedeutung. Die Deutsche Volkspartei hat den Deutschnationalen gleich nachdem sie sich zu spät besonnen hatten, mitgeteilt, daß nach ihrer Ansicht für diesmal der psychologische Moment verpaßt sei. Aber die Deutschnationalen wollen den unerfreulichen und ihnen bei den Preußenwahlen wahrscheinlich schädlichen Eindruck ihrer ersten Ablehnung verwischen, und so haben sie noch einen Brief an die Deutsche Volkspartei geschrieben, in dem sie die Mißverständnisse bedauern und weitere Aussprachen anregen. Dadurch ist nun die Deutsche Volkspartei natürlich gezwungen zu antworten, und zwar konnte sie nicht gut anders, als sagen, daß sie nach wie vor eine Verbreiterung der Regierungsfront für die Zeit der Londoner Verhandlungen als dringend erwünscht ansehen, denn sonst hätten die Deutschnationalen nun wieder die Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen der Deutschen Volkspartei zugeschoben. Diese aber ist zu froh, daß ihr die Freunde oder Gegner auf der Rechten einen solchen Triumph in die Hände gespielt haben, und hat keine Lust, ihn sich zu verderben, indem sie sich etwa selber Blößen gäbe. Der „Lokalanzeiger" macht eine Verbeugung vor den Sozialdemokraten, weil sie sich mit überaus erfreulicher Entschlossenheit hinter die Regierung gestellt hätten, und hofft, daß, wenn auch keine gemeinsame Beteiligung an der Regierung, so doch gewisse Abmachungen zustande kommen möchten, die eine Art Burgfrieden von Hergt bis Scheidemann sicherten. Man wird den Deutschnationalen nicht Unrecht tun, wenn man annimmt, daß von diesem Burgfrieden vor allem auch sie selber zu profitieren hoffen, denn sie fürchten natürlich, daß ihn ihre Sabotierung der Einheitsfront, deren sie sich in einem der bedeutungsvollsten und kritischsten Augenblicke schuldig gemacht haben, von der Deutschen Volkspartei und den anderen Regierungsparteien auch im Wahlkampf vorgehalten wird. Das wird auch sicherlich der Fall sein. Im übrigen haben die Sozialdemokraten erklärt, daß sie sich für den Wahlkampf die Hände freihalten wollen, und dieselbe Absicht hat auch Herr Hergt neulich ausgesprochen.

Entwaffnungsfrage und Deutsche Friedensgesellschaft

In einem Artikel des Grafen Montgelas, „Internationale Verständigung und nationale Würde", der in den „Mitteilungen der Deutschen Liga für Völkerbund" erschienen und in zahlreichen deutschen Zeitungen nachgedruckt ist, heißt es:

Es war eine Verirrung schlimmster Art, daß die Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft in Braunschweig eine Entschließung annahm: die Entwaffnung Deutschlands sei „eine der wenigen guten Bestimmungen" des Versailler Vertrages.

Der geschäftsführende Vorsitzende der Deutschen Friedensgesellschaft, Dr. Quidde, bittet uns, festzustellen, daß Graf Montgelas sich im Irrtum befindet: die Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft hat eine Entschließung solchen Wortlauts nicht angenommen. In ihrem Beschluß heißt es vielmehr:

Die Deutsche Friedensgesellschaft erblickt in der durch den Friedensvertrag angebahnten allgemeinen Abrüstung, deren erstes Glied die Deutschland auferlegte Verminderung seines Heeres ist, eine der wenigen guten Bestimmungen des Friedensvertrages. Sie bedauert, daß die deutschen Regierungen die im Friedensvertrag festgesetzte Abrüstung hinausgezögert und dadurch Deutschlands internationale Stellung außerordentlich erschwert haben.

Die von Graf Montgelas an den vermeintlichen Wortlaut geknüpfte Polemik wird damit hinfällig.

Wilhelm II. als Zeuge vor Gericht

Rotterdam, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In diesen Tagen wird hier ein Beleidigungsprozeß verhandelt werden, der insofern von größerem Interesse ist, als dazu der frühere deutsche Kaiser als Zeuge geladen werden soll. Der Prozeß ist durch eine im Rotterdamschen „Nieuws Blad" ergangene öffentliche Warnung veranlaßt worden. Das Blatt warnte vor einem Herren mit deutschem Namen, der als „Rentmeister und Privatsekretär S. M. Wilhelms des Zweiten, Adresse Haus Doorn" Gemälde und Kunstgegenstände aus kaiserlichem Besitz zu — wie das Blatt sagt — unerhörten Preisen zum Verkauf anbot. Der Rentmeister und Privatsekretär des ehemaligen Kaisers, Reistermann, hat auf diese Notiz hin Beleidigungsklage gegen die Zeitung angestrengt und die beklagte Zeitung hat zur Feststellung, ob Reistermann zur Zeit der Veröffentlichung der Notiz wirklich Privatsekretär des Kaisers war, „Herrn Wilhelm von Hohenzollern" als Zeugen vorladen lassen.

Die unsterbliche Autorität

Von Julius Berstl.

Die Doktordissertation des Gelehrten hatte die mittelafrikanischen Negertrommeln zum Gegenstand. Die Habilitationsschrift desselben Gelehrten betitelte sich „Von den mittelafrikanischen Negertrommeln". Zum Professor avanciert, ergriff der Gelehrte im Verlaufe mehrerer Dezennien noch zu verschiedenen Malen das Wort, um über das Kapitel von den mittelafrikanischen Negertrommeln — das Wort zu ergreifen. Schließlich galt der Gelehrte als eine von allen Fachkollegen der Welt anerkannte Autorität auf dem Gebiete der mittelafrikanischen Negertrommeln. Sein Haar wurde weiß. Die Zähne fielen ihm aus. Die Gläser seiner Brille verdickten sich zusehends. Unermüdlich forschend auf dem von ihm erkorenen Gebiet der Wissenschaft, fand er nicht mehr die Muße, sich zu waschen, die Nägel zu reinigen oder eine ähnliche dankenswerte Kulturtat zu vollbringen. Sein Sinnen und Denken war voll und ganz, ganz und voll auf die mittelafrikanischen Negertrommeln konzentriert. Er vergaß die Zeit. Die Zeit vergaß ihn. Man hätte ihn getrost für eine längst entschlummerte Autorität aus verklungenen Jahrzehnten halten können. Dessenungeachtet ließ er es sich nicht verdrießen, immer wieder seine gewichtige Stimme in Sachen „mittelafrikanischer Negertrommeln" zu erheben.

Eines Tages wagte es ein blutjunger Gelehrter, seinerseits eine Doktordissertation zu veröffentlichen, welche die mittelafrikanischen Negertrommeln zum Gegenstand hatte. Er zitierte mit Hochachtung die bahnbrechenden Arbeiten der uralten Autorität, war aber jugendlichtaktlos genug, von den Gedankengängen seines Vorgängers aus zu neuen Schlüssen zu gelangen. Die Autorität, welcher man die Dissertationsschrift des waghalsigen Jungen zu Gesicht zu bringen verstanden hatte, machte kreisrunde, tückische Augen, schnaubte aus behaarten Nasenlöchern, wollte noch einmal zum Thema der mittelafrikanischen Negertrommeln das Wort ergreifen, lief jedoch blitzblau an und sank ohne viel Federlesens entseelt zur Seite.

Von Stund an sprach niemand mehr von der bis dato versehentlich stehengebliebenen Ruine aus verschollenen Jahrzehnten. Der junge Gelehrte aber bearbeitete mit Tatkraft das einmal beschrittene Gebiet, erzielte mit seiner Habilitationsschrift „Von den mittelafrikanischen Negertrommeln" einen neuen, großen Erfolg, wurde für würdig befunden, den verwaisten Lehrstuhl der sagenhaften Autorität einzunehmen, ergriff im Verlaufe mehrerer Dezennien zu den verschiedensten Malen das Wort, um über das Kapitel von den mittelafrikanischen Negertrommeln — das Wort zu ergreifen, und brachte es zuwege, als eine von allen Fachkollegen der Welt anerkannte Autorität auf dem Gebiete der mittelafrikanischen Negertrommeln noch in seinen Lebzeiten Patina anzusetzen. Sein Haar wurde weiß. Seine Brille wuchs an Dicke wie die Eisdecke bei zunehmender Kälte. Sein Mund ward zahnlos, und seine Stimme klang hohl und nichtssagend wie die Stimme Verstorbener von jenseits des Grabes. Dennoch ließ er es sich nicht verdrießen . . . voll und ganz, ganz und voll . . . bis eines Tages ein junger Gelehrter . . . Doktordissertation „Von den mittelafrikanischen Negertrommeln" . . . neue Schlüsse . . . kreisrunde Augen, tückische Nasenlöcher . . . letzter Schnaufer . . . dekoratives Leichenbegängnis (s. o.).

Der junge Gelehrte aber mit der Tatkraft frischfröhlicher Jugend . . . das ewig unerschöpfliche Thema von den mittelafrikanischen Negertrommeln . . . sein Haar ward weiß, sein Zahn ward hohl . . . unermüdlich, unermüdlich . . . bis eines Tages wiederum und abermals ein junger Gelehrter . . .

Ein falscher amerikanischer Doktortitel. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß die Anträge auf Anerkennung des von der Orientalischen Universität in Washington verliehenen Doktorgrades sich in letzter Zeit wieder gehäuft haben. Das beruht offenbar auf der Tätigkeit von Werbebureaus und einer eifrig betriebenen Reklame. Die Bedingungen, unter denen dieser Titel verliehen wird, entsprechen in keiner Weise den für die Promotion in Deutschland üblichen, ganz abgesehen davon, daß die Erlangung mit unverhältnismäßig hohen Kosten verbunden ist. Die Anerkennung ist bisher in allen Fällen versagt worden; die widerrechtliche Führung wird strafrechtlich verfolgt.

Kurt Wolff Verlag-A.-G., München. Unter dieser Firma wurde die Firma Kurt Wolff Verlag in eine Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von 4½ Millionen Mark umgewandelt. Die Geschäftsanteile der Hyperion Verlag G. m. b. H. sind in den Besitz der Gesellschaft übergegangen. Die Gründung erfolgte unter Mitwirkung der Bankhäuser H. Aufhäuser, Commandite Bleichröder, München, und L. & B. Wertheimber, Frankfurt a. M. Dem Aufsichtsrat gehört als Vorsitzender Botschafter a. D. Graf Bernstorff an.

Direktionswechsel im Berliner Theater des Westens. Der langjährige Direktor des Eisenacher Stadttheaters Richard Treu, wird zunächst für die Sommerspielzeit die Leitung des Theaters des Westens in Berlin übernehmen. Außer Operetten gedenkt Treu literarische Matineen zu veranstalten.

*

Auf zum Universitätsfest! (Am 8. Februar.) Wir können mitteilen, daß als weiteren wertvollen Beitrag für das künstlerische Programmbuch Herr Gustav Kirstein eine Radierung von Louis Corinth zur Verfügung gestellt hat und Herr Erich Gruner eine Radierung in hundert signierten Exemplaren der Festleitung zur Verwertung überlassen hat.

Schauspielhaus. Gerhart Hauptmanns „Vater", das am Donnerstag, 10. Februar, anläßlich des Wegener-Gastspiels wieder in den Spielplan aufgenommen wird, ist in den Hauptrollen folgendermaßen besetzt: Herr Wegener spielt den Rittmeister, ein zweiter Gast, Frau Steuermann-Bleichert, vom Dresdner Landestheater, die Laura. Es sind weiter beschäftigt: Käthe Haack-Witt (Bertha), Robert Pirk (Dr. Oesterreich), Alfred Rödel (Pastor), Stella David (Margarethe), Reinhold Balan (Rätz). — Regie: Robert Pirk. — Am Sonnabend, 12. Februar, findet die Erstaufführung von Sudermanns „Raschdorffs" statt. Herr Wegener spielt den Rittergutsbesitzer Raschdorff. In der Rolle des Bernhard wird man Herr Pittschau vom Thalia-Theater in Hamburg als Gast auf Anstellung vorstellen. Die übrigen Rollen sind besetzt mit Grete Dorpmüller (Edith), Karl Rehkopf (Baron), Melanie Krüger-Michaelis (Baronin), Lina Carstens (Wally), Adolf Braunstein (Hennicke), Edith Gärtner (Charlotte). Die Regie führt Herr Georg August Koch. — Vom Weihnachtsmärchen „Aschenbrödel" können nur noch wenige Vorstellungen veranstaltet werden.

Kleines Theater. In der am Sonntag, den 6. Februar, vormittags 11½ Uhr, stattfindenden künstlerischen Morgenfeier gelangt Hofmannsthals dramatisches Gedicht „Der Tor und der Tod" mit den Damen David und Rätsch, sowie den Herren Steiner, Paulus und Dr. Schum in den Hauptrollen, von Robert Pirk in Szene gesetzt, zur vorläufig einzigen Aufführung in dieser Spielzeit. — Vorher bringt Lina Carstens eine Auswahl aus den lyrischen Werken von Stefan George und Hugo von Hofmannsthal zum Vortrag. Einführende Worte über beide Dichter spricht Herr Studienrat Dr. Erwin Jahn.

Ueber den Tod des Tänzers Nijinsky

Von Werner Suhr.

Es ist kein lockend Wort verlockend genug, um von der Verlockung deiner Tänze zu sprechen. Es ist kein trauriges Wort traurig genug, um von der Trauer deines Tanzes zu sprechen. Dein Tanz war groß und traurig, süß und herb. An den Wendungen deines biegsamen Körpers versank uns die mißratene Welt. Auf stieg eine neue Verheißung, ein Sieg des Göttlichen, Leichtbeschwingten über die gefesselte Materie: Sieg des Geistes über die gelenkigen Glieder! — Wenn Tanz Ausdruck innerer Musik ist, schöpferischer Rhythmus der Seele, begleitet von Tönen zugelauter äußerer Musik — dann war dein Tanz Vollendung und letzter Ausdruck der Seele, war deine Seele stille und stete Musik. — Du warst Russe. Aber in deinem Schritt zeigten sich Schritt der Länder, Fieber und Kühle der Rassen; erst im Sprung überkam dich völlig dein slawisches Blut. Du warst Verkündigung des Uebermenschlichen im Gang. (Ich sah dich gehen in der Halle eines Berliner Hotels.) Dein Blick griff in uns wie deine Bewegung, Spiel deiner zärtlichen Hand. Den „Geist der Rose", vom Maler Kainer leicht und andeutend gemalt, gabst du mit der Pawlowa bis ins letzte, allerzarteste Geheimnis gedrungen, mit dem Hauche leise verflüchtender Leidenschaft. Kokoschka, einst ganz Dresdner Zeichner, zeigte dein Antlitz wohl verzerrt, aber etwas Unfaßlich-Instinktives, der Urgrund deines Ichs schwebte herauf; verzehrte sich dein . . . In einer Stadt untergehender Träume bist du gestorben, an den Wunden tötenden, noch immer lebenden Krieges. Wien hat dich nie verstanden. Deine Vielheit nahm es nicht (wohl aber die Schwestern Wiesenthal) auf. Du faltet-st die beschwingte Stadt in deine Beschwingtheit, schuf sie uns um in irgendein Motiv, zu etwelcher Gestalt. Richard Strauß, Hofmannsthal sind dir (nicht nur in der „Josephslegende") gefolgt. Und wir folgen dir, in fester Erinnerung an dein Gewesensein, solange es Tanz, gelöste Erlösung, Befreiung vom Allzumenschlichen gibt! Stets werden wir dich tanzen sehen! —

SLUB
Wir führen Wissen.